

Endlich Diplomatie wagen

Der Krieg ist für die Ukraine und die westlichen Bündnispartner nicht zu gewinnen, ein Flächenbrand droht. Es ist Zeit für Verhandlungen und einen Waffenstillstand

Von Hajo Funke und Michael von der Schulenburg

Ein Großteil der etablierten Medien und der demokratischen politischen Parteien in Deutschland geht davon aus, dass Russlands Präsident Wladimir Putin nicht verhandeln will und wir auch nicht verhandeln sollen; man müsse ihn politisch und militärisch in die Enge treiben; er sei ein revisionistischer Imperialist, den man niederringen muss, sonst hätten wir ihn bald in Deutschland – eine Beschwörung, wie wir sie aus den Hochzeiten des Kalten Kriegs kennen.

Denn diese einigermaßen simplen Annahmen sind durch das reale Verhalten der russischen Streitkräfte, wie wir es nun seit knapp zwei Jahren beobachten, nicht gedeckt. So brutal der Angriff zweifellos erfolgt ist – ein revisionistischer Imperialist würde anders handeln. Viel eher ist anzunehmen, dass der Anlass des Krieges auch mit der Eskalation zwischen der Ukraine und Russland im Vorlauf des Krieges und auch mit der wachsenden Beteiligung von Nato-Mitgliedstaaten an der Aufrüstung, Ausbildung und Manöverbeteiligung in den Monaten und Jahren vor dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands zu tun hat.

Ein Blick zurück: Am 24. März 2021 hatte der ukrainische Präsident Selenski mit dem Dekret Nummer 117 den Auftrag zur „Deokkupation“ und zur „Wiedereingliederung“ der Krim und der Stadt Sewastopol erteilt. Im August des Jahres schloss die ukrainische Regierung mit den Vereinigten Staaten einen Vertrag über eine militärische Zusammenarbeit. Im September wiederum fanden in der Ukraine Nato-Manöver unter ukrainischer Beteiligung – auch der Bundeswehr – statt. Im November des gleichen Jahres wurde ein Vertrag über eine strategische Partnerschaft geschlossen.

Als Antwort auf die von Russland als Provokationen verstandenen Aktionen bot Russland im Dezember 2021 der Nato und den USA einen Vertragsentwurf mit Vorschlägen für Sicherheitsgarantien für beide Seiten an, um einen Nato-Beitritt der Ukraine noch zu verhindern. Diese Vorschläge wurden nicht einmal diskutiert, sondern abgelehnt.

Russland hat wie jeder souveräne Staat legitime Sicherheitsinteressen: zum einen ein Aufrechterhalten des nuklearstrategischen Gleichgewichts mit den Vereinigten Staaten, zum anderen ein konventionell-nukleares Gleichgewicht mit der Nato auf dem europäischen Kontinent. Die einseitige Kündigung wichtiger Rüstungskontrollabkommen seit 2001 durch die Vereinigten Staaten – wie den INF-Vertrag oder den Vertrag über den „Offenen Himmel“ – verstand die russische Führung als Versuch, das durch Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge sorgsam ausbalancierte Gleichgewicht zu ihren Ungunsten zu verändern. Als besonders bedrohlich sahen sie die 2002 erfolgte einseitige Kündigung des ABM-Vertrages über die Begrenzung antiballistischer Raketenabwehrsysteme an. Der Vertrag war ein Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen. Zur Begründung erklärte die US-Regierung: „Heute ist unser Sicherheitsumfeld grund-

legend anders. Der Kalte Krieg ist vorbei. Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Russland ist kein Feind, sondern verbündet sich in immer mehr entscheidenden Fragen zunehmend mit uns.“

Inzwischen wurde das ballistische Raketenabwehrsystem der Nato BMD – „Ballistic Missile Defense System“ – mit Systemen amerikanischer Herkunft in Polen und Rumänien stationiert. Russland befürchtet, dass damit seine interkontinentalstrategischen nuklearen Zweitschlagssysteme ausgeschaltet und die nukleare Abschreckung wirkungslos werden könnten. Das System des ausgewogenen nuklearstrategischen Gleichgewichts aus Offensiv- und Defensivsystemen hatte bisher gut funktioniert, und wir Europäer haben das größte Interesse daran, nicht noch einmal in den nuklearen Abgrund blicken zu müssen, so wie 1962 während der Kubakrise. Zwei besonnene Staatsmänner – Kennedy und Chruschtschow – hatten durch Vernunft einen Inter-



Illustration: Katja Gendikova

essenausgleich und dadurch einen Weg aus der Gefahr gefunden. Die Ukraine hat für Russland einen ähnlichen Stellenwert wie Kuba für die Vereinigten Staaten. Die strategische Konstellation ist durchaus vergleichbar.

Hinzu kommt: Der deutschen Öffentlichkeit ist die reale Chance auf einen frühen Friedensschluss wenige Wochen nach Beginn des Angriffskrieges nicht angemessen zur Kenntnis gebracht worden. Im März 2022 war zwischen der russischen und der ukrainischen Delegation in Istanbul bereits ein Abkommen parapiert worden. Das Abkommen scheiterte an der Blockade Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Zugleich ist in Deutschland, mehr als in anderen westlichen Öffentlichkeiten, die Debatte auf ein entweder „Ihr seid für uns“ oder „Ihr seid gegen uns“ verengt

und folgt damit eher dem aggressiven Kriegstheoretiker Carl Schmitt.

Fast zwei Jahre nach dem völkerrechtswidrigen und brutalen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und damit dem Beginn des größten und gefährlichsten Kriegs auf europäischem Boden seit den beiden Weltkriegen gilt es, sich endlich ernsthaft und aktiv um einen Waffenstillstand und um Verhandlungen zu bemühen, kurz: Diplomatie zu wagen. Bisher ist der Schritt zu Verhandlungen aus einer Mischung von Mutlosigkeit, falscher oder gar blinder Nibelungentreue zu dem, was jeweils aus den Vereinigten Staaten kam, nicht erfolgt.

Verhandlungen sind angesichts der existenziellen Gefahr für die Ukraine überfällig. Denn die Ukraine ist in unmittelbarer Gefahr, eine militärische Niederlage zu erleiden, auch wenn immer noch ein Teil der öffentlichen Meinung darauf pocht, dass die Ukraine siegen werde, wenn nur dieses oder jenes mehr an Waffen (immer sind es angebliche Gamechanger) geliefert wird. Dies entspricht schlicht nicht den Tatsachen; es gleicht einer Realitätsverweigerung. Die Spatzen pfeifen es in Washington und in Kiew von den Dächern, dass die Gegenoffensive vom Sommer 2023 gescheitert ist. Inzwischen droht das seit Langem bestehende Patt sich zu Ungunsten der Ukraine zu verändern.

Mehr noch: Der Ukraine gehen die Gelder, die Waffen und die Soldaten aus. Die Ukraine ist nahezu ausgeblutet. Mehr als die Hälfte der in der Ukraine Lebenden ist von Unterstützungsgeldern abhängig. Die Vereinigten Staaten wie die EU blockieren große Summen, die für den Erhalt der Kernfunktionen der Ukraine, vor allem aber auch für ausreichend Munition und Verteidigung geplant waren. Auch in der Ukraine sinkt offenbar die Bereitschaft, den Krieg auf längere Dauer fortzusetzen, wie dies lange Zeit der ukrainische Präsident propagiert hatte. Inzwischen steht er

zu gewinnen. Er hätte abgewendet und frühzeitig beendet werden können. Er führt nur zu mehr Zerstörungen und zu unermesslichem menschlichem Leid. Das sinnlose Sterben muss ein Ende haben. Jürgen Habermas hatte in der *Süddeutschen Zeitung* vor knapp einem Jahr aus politisch-moralischen Gründen vor dieser Eskalation gewarnt. Diesem düster apokalyptischen Szenario etwas entgegenzusetzen, hängt von dem politischen Willen der Zuständigen, aber auch der Öffentlichkeit ab. Es ist im existenziellen Interesse der Ukrainerinnen und Ukrainer, aber ebenso der Europäerinnen und Europäer. Denn eine solche schwärende

Dieser Krieg ist von keiner der Konfliktparteien zu gewinnen. Er hätte abgewendet und frühzeitig beendet werden können

Kriegswunde mitten in Europa für einen längeren Zeitraum, die jederzeit wieder aufbrechen kann – daran könnte selbst Europa verbluten. Europa muss den Weg zurück zu einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung finden, auf die sich in der Charta von Paris alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada vertraglich verpflichtet hatten.

Inzwischen sind die allzu bellizistischen Stimmen eines „Jetzt erst recht“ und die Anhänger der „Gamechanging“-Theorie merklich stiller geworden. Demokratische Parteien dürfen in ihrer Betonung der Verteidigungsfähigkeit nicht weiterhin ernsthafte friedenspolitische Initiativen den Falschen überlassen. Nach einer Umfrage der Körber-Stiftung vom November 2023 soll für rund drei Viertel der Befragten und für eine Mehrheit in allen demokratischen Parteien das deutsche Engagement in der Außenpolitik „vorwiegend diplomatischer Natur“ sein. „Nur zwölf Prozent setzen auf mehr militärisches und neun Prozent auf mehr finanzielles Engagement, zitierte die FAZ die Befragung.

Verhandlungen sollten im primären Interesse der Ukraine und Europas sein, wozu bereits Vorschläge aus dem Globalen Süden, unter anderem aus Brasilien, Südafrika und China unterbreitet worden sind. Ein Frieden ist ohnehin nicht gegen, sondern nur mit Russland möglich – denn Russland bleibt allein schon geografisch gesehen unser Nachbar. Deshalb brauchen wir dringend eine Initiative führender europäischer Mächte, etwa von Frankreich und Deutschland. Sie sollten unter Einbeziehung von Ländern des Globalen Südens – die ebenfalls ein massives Interesse an der Beendigung eines auch ökonomisch desaströsen Kriegs haben – den zweiten Jahrestag dieses Kriegs zu einer neuen Verhandlungsinitiative nutzen. Will man nicht einen permanenten Krieg mit einer immer weiter getriebenen Schwächung und letztlich Zerstörung Europas hinnehmen, ist Verhandeln ohne Alternative.

Hajo Funke war Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin. Er unterstützte das „Manifest für Frieden“ von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht.



Foto: imago

Michael von der Schulenburg arbeitete 34 Jahre lang in verschiedenen Friedens- und Entwicklungsmissionen der Vereinten Nationen und der OSZE.

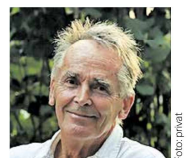


Foto: JAWAT

Ruf verspielen

Tatsachen verbiegen

Vorsätze festhalten

sich zu keinem klaren Bekenntnis der Solidarität oder zum Schutz der jüdischen Student:innen durchdringen. Sie faselten von „Kontext“.

Die Befragung war nur eine Inszenierung rechter Abgeordneter, die die Debatten über den Krieg gegen die Hamas für ihren Wahlkampf nutzen wollen, sagen viele. Das mag sogar sein, greift aber trotzdem viel zu kurz.

Und zwar schlicht, weil die Kategorien „links“ und „rechts“ in diesem Konflikt einfach nicht funktionieren. Weil Rechte da plötzlich Partei ergreifen für eine angegriffene Minderheit, die sie sonst natürlich verachten – Juden, Is-

raelis – einfach nur weil es ihnen einen Vorwand bietet, gegen Muslime zu hetzen. Und weil Linke, zumindest enttäuschend große Teile der Linken einer kindisch-binären Weltsicht anheimgefallen sind, in der es nur Unterdrückter und Unterdrückte gibt. Das wird nur jetzt, nach dem 7. Oktober endlich in seiner ganzen Falschheit deutlich.

Dafür biegen selbst Intellektuelle wie Masha Gessen sich die Tatsachen zurecht, dass es nur so kracht, vergleichen Gaza mit dem Ghetto und verkennen den eklatanten Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus. Und jammern später, wie so rechte Boo-

mer, auf allen Edelkanälen, dass sie ja nichts sagen dürften. Schlimmer noch, sie werden sogar mit Preisen beworfen.

Diese Art *Gaslighting*, die völlige Verwirrung der Tatsachen, hat diese Art Linke natürlich mit Rechten wie Trump gemein. Noch so ein böser Geist, der schon vor Anbruch des neuen Jahres mit den Hufen scharrt. Wie viele Knaller braucht es, damit er nicht wieder Präsident wird?

Wobei – so grotesk wie dieses Jahr war, kann ich mir sogar vorstellen, dass er – erst einmal wieder Präsident – den Palästinensern einen guten Deal macht und sie unverhofft doch noch einen ei-

genen Staat bekommen. Das wäre famos, würde zugleich all diejenigen „Linken“, die ein Massaker einer islamofaschistischen Terrororganisation gebraucht haben, um sich „Free Palestine“ zu wünschen (ohne den Zusatz: „from Hamas“ hinterherzuschieben), ziemlich verwirren. Grund genug, sich dieses Szenario herbeizuwünschen.

Aber auch der einzige. Die Ukraine muss schon jetzt um die dringend nötigen Hilfen bangen, ich mag mir nicht ausmalen, was passiert, wenn Mr. America First wieder am Hilfshebel sitzt. Dann müssen wir vielleicht nächstes Jahr unser Böllergeld zusammen-

kratzen, um die Ukraine und den Rest von Europa gegen die *loose cannon* im Krim zu verteidigen.

Damit es nicht so weit kommt, investieren Sie bitte all ihre guten Vorsätze in die Vertreibung böser Geister. Mit Sicherheit fallen Ihnen (so wie auch mir) noch viele weitere unliebsame Gesellen ein, die Sie im kommenden Jahr nicht mehr sehen wollen. Über ein AfD-Verbot etwa haben wir noch gar nicht gesprochen. Aber das Jahr fängt ja gerade erst an. Möge es für Sie und uns alle ein gutes werden.

Nächste Woche: Gunnar Hinck